

STADT FEHMARN

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 11. Sitzung des Hauptausschusses
am Dienstag, den 6. Mai 2014, 17.00 Uhr,
im Verwaltungsgebäude, Burg auf Fehmarn, Bahnhofstraße 5, 23769 Fehmarn

Anwesend sind folgende Ausschussmitglieder:

Stadtvertreterin Margit Maaß als Vorsitzende,
Stadtvertreter Bernd Remling in Vertretung für Stadtvertreterin Marianne Unger,
Stadtvertreter Andreas Herkommer in Vertretung für Erster Stadtrat Jörg Weber,
Stadtvertreter Werner Ehlers,
Stadtvertreter Oliver Schultz.

Weiter anwesend:

Bürgervorsteherin Brigitte Brill bis einschl. TOP 6
Erster Stadtrat Jörg Weber in Vertretung für
Bürgermeister Otto-Uwe Schmiedt,
Stadtvertreter Andreas Hansen,
Stadtvertreter Dr. Helmut Kettler,
Stadtvertreter Gunnar Mehnert,
Stadtvertreter Josef Meyer,
Stadtvertreterin Claudia Parge,
Stadtvertreterin Christiane Stodt-Kircholtes,
Stadtvertreter Hans-Peter Thomsen,
Projekt-/Regionalmanagerin Dr. Johanna Heitmann,
bis einschl. TOP 6,
Gleichstellungsbeauftragte Frau Giesa Wulf,
Personalratsvorsitzender der Stadt Fehmarn,
Herr Burkhard Naß
Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Fehmarn
Frau Hannelore Kammer bis einschl. TOP 6,

Entschuldigt fehlen:

Bürgermeister Otto-Uwe Schmiedt,
Stadtvertreterin Marianne Unger.

Protokollführer:

Günther Schröder

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Gremiums sowie alle Anwesenden. Die Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Tagesordnung wird folgender Änderungsantrag eingebracht:

Für die CDU-Fraktion bittet Stadtvertreter Ehlers, einen Dringlichkeitsantrag zur Sicherung der sozialen Strukturen im Bereich Petersdorf auf Fehmarn

hier: Antrag eines Schulmodellversuchs für die Grundschule Burg, Außenstelle Petersdorf auf Fehmarn

auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Auf Nachfrage von Stadtvertreter Herkommer, warum dieser Antrag nicht im zuständigen Fachausschuss eingebracht werde, antwortet Stadtvertreter Ehlers, dass „die Zeit weglaufe“ und ein Grundsatzbeschluss heute notwendig sei, da bereits morgen ein weiteres Gespräch mit dem zuständigen Schulrat terminiert sei.

Es ergeht nachfolgender

Beschluss:

Der Dringlichkeitsantrag als Antrag der CDU-Fraktion zur Sicherung der sozialen Strukturen im Bereich Petersdorf auf Fehmarn

hier: Antrag eines Schulmodellversuchs für die Grundschule Burg, Außenstelle Petersdorf auf Fehmarn,

wird auf die heutige Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

Des Weiteren bittet die Vorsitzende, die Tagesordnungspunkte 7., 8. und 9. im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Darüber wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

TOP 7 „Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil“, TOP 8 „Personalbericht“ und TOP 9 „Anträge und Anfragen im nichtöffentlichen Teil“, werden nichtöffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

Anschließend verliest die Vorsitzende die Tagesordnung wie folgt:

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 01.04.2014
3. Sachstandsbericht zur Festen Fehmarnbeltquerung
4. Mitteilungen im öffentlichen Teil
5. Berichtswesen; **hier:**
Bericht über Haushalts- und Finanzentwicklung 1. Quartal 2014 (HA 012-2014)
6. Anträge und Anfragen im öffentlichen Teil
 - 6.1 Antrag der CDU-Fraktion auf dauerhafte und uneingeschränkte (Anlage)
Nutzung des neu entstehenden Strandbereiches zwischen Puttgarden
und Marienleuchte im Zuge des Baues einer Festen Fehmarnbeltquerung

6.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Sicherung der sozialen Strukturen im Bereich Petersdorf auf Fehmarn
hier: Antrag eines Schulmodellversuchs für die Grundschule Burg, Außenstelle Petersdorf auf Fehmarn

B. Nichtöffentlicher Teil

7. Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil
8. Personalbericht (HA 011-2014)
9. Anträge und Anfragen im nichtöffentlichen Teil

C. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe evtl. Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

A. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde

1.1 Herr Toillié, Ortsteil Burg auf Fehmarn, nimmt Bezug auf die Versammlung der Interessengemeinschaft Südstrand am Karfreitag in Burgtiefe. Er erkundigt sich direkt bei Stadtvertreter Ehlers, der die Veranstaltung besucht hat, ob Aussicht darauf bestehe, noch Modifikationen zur jetzigen Parkplatzgebühr/-situation herbeizuführen.

Stadtvertreter Ehlers antwortet, dass innerhalb der CDU-Fraktion diesbezügliche Erörterungen anstehen.

1.2 Hendrick Kerlen, Ortsteil Westermarkelsdorf, als Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung stellt drei Anfragen zum Antrag der CDU-Fraktion (s. TOP 6.1).

a) Plant die Stadt Fehmarn, so wie aus dem Antrag der CDU-Fraktion zu interpretieren sei, bereits den im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung neu entstehenden Strandbereich sowie die angrenzenden Flächen östlich der Tunneleinfahrt zwischen Puttgarden und Marienleuchte dauerhaft und uneingeschränkt touristisch zu nutzen? Oder handelt es sich bei der Antragsformulierung nur um eine irreführende Wortverwechslung von „möchte“ oder „möge“?

b) Kann die CDU-Fraktion ihre Behauptung begründen, der an der Aufschüttungsfläche entstehende Bereich sei teilweise als Ausgleichsfläche vorgesehen? Wo in den Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren findet man dazu einen derartigen Vorschlag?

c) Ist der CDU-Fraktion bekannt, dass das Tunnelportal nur etwa 200 bis 250 m von dem neu entstehenden Strand entfernt sein wird, sodass letzterer erheblich mit allen möglichen Immissionen aus dem Tunnel belastet sein dürfte? Wie vertrage sich diese Umweltbelastung mit einer zukünftigen touristischen Nutzung der Deponierungsfläche?

Stadtvertreter Ehlers antwortet, dass er diese Fragen im Tagesordnungspunkt 6.1 aufgreifen werde.

1.3 Frau Meike Störtenbecker, Ortsteil Gollendorf, nimmt Bezug auf den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und bittet zu prüfen, ob es möglich sei, die Verbindung der Zweigstelle Petersdorf zur Grundschule Burg auf Fehmarn in Grundschule Landkirchen zu ändern.

Erster Stadtrat Weber führt aus, dass am morgigen Tag ein Gespräch mit dem Schulrat und den Schulleitungen vorgesehen sei. Bei dem am Abend terminierten weiteren Gespräch mit den Elternvertretern der Grundschulzweigstelle in Petersdorf können vielleicht schon die ersten Ergebnisse des Gespräches aktuell mitgeteilt werden.

1.4 Hendrick Kerlen bezieht sich auf die Informationsveranstaltung von FemernA/S, die am 10. April in der Mensa der Inselfschule Fehmarn stattgefunden habe. Er erklärt sich mit der gewesenen Vorbereitung und Organisation der Veranstaltung nicht einverstanden. Zum einen sei für diese Veranstaltung im Innenstadtbereich plakatiert worden, was dem Aktionsbündnis bisher stets untersagt worden sei. Des Weiteren sei die Einladung sowohl von FemernA/S als auch vom Bürgermeister der Stadt Fehmarn unterschrieben gewesen. Für Herrn Kerlen stelle sich die Frage, wie das Verhältnis zwischen der Stadt Fehmarn und FemernA/S zwischenzeitlich zu bewerten sei. Herr Kerlen bittet die Verwaltung und den Bürgermeister, das Gleichheitsprinzip im Umgang mit dem Aktionsbündnis zu beachten.

Erster Stadtrat Weber antwortet, dass auch in den vorherigen Veranstaltungen von FemernA/S das Stadtwappen auf den Einladungskarten und den Plakaten abgedruckt gewesen sei. So auch jetzt. Die Plakatierung im Innenstadtbereich werde er seitens der zuständigen Fachabteilung prüfen lassen.

Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Einladung an die Stadtvertreter nur von FemernA/S unterzeichnet gewesen sei. Im Übrigen aber auch mit dem Stadtwappen versehen gewesen sei.

1.5 Herr Peter Meyer, Ortsteil Petersdorf, erkundigt sich ob er es richtig verstanden habe, dass Frau Störtenbecker gebeten habe zu prüfen, ob die bisherige Zuordnung der Zweigstelle Petersdorf zur Grundschule Burg auf Fehmarn dahingehend geändert werden könne, dass zukünftig die Grundschule in Landkirchen zuständig sei.

Stadtvertreter Ehlers führt aus, dass dies heute nicht der entscheidend zu diskutierende Punkt sei. Vorrangig sei mit dem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion die Möglichkeit zu schaffen, einen zukünftigen Weiterbestand der Zweigstelle der Grundschule in Petersdorf sicherzustellen.

1.6 Herr Peter Meyer bittet um Auskunft, welche Maßnahmen die Stadt Fehmarn ergreifen werde, um die Arbeitsplätze im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung, vor allem im Bereich des Ortsteiles Puttgarden, zu sichern. Außerdem erkundigt er sich nach der Nachnutzung des Bauhafens, einer Produktionsstätte sowie der Sicherstellung der notwendigen Gleichberechtigung von Straßenverkehr und Fährverkehr/Nutzung des vorhandenen Tiefseehafens.

Frau Dr. Heitmann antwortet, dass ein Workshop innerhalb des Dialogforums sich dieser Thematik angenommen habe.

Des Weiteren verweist sie auf den vorhandenen Internetauftritt des Dialogforums. Außerdem werde zurzeit durch die drei beteiligten Regionalmanagements beim Kreis Ostholstein, der IHK-Lübeck sowie der Stadt Fehmarn ein sogenanntes „Basenetz“ aufgebaut.

Fachbereichsleiter Burkhard Naß führt aus, dass die Nachnutzung des Bauhafens mehrfach mit FemernA/S besprochen worden sei. Aus den Planfeststellungsunterlagen sei nunmehr ein Rückbau des Baustellenhafens ersichtlich. Hier bleibe eine mögliche Planänderung abzuwarten, nachdem die Stellungnahme der Stadt ins Verfahren eingebracht worden sei. Die verkehrliche Anbindung Schiene und Straße sei auch zukünftig gewährleistet.

1.7 Herr Peter Meyer erkundigt sich, wann und durch wen die Einstellung des neuen Tourismusdirektors beschlossen worden sei.

Erster Stadtrat Weber antwortet, dass ein Auswahlgremium dem Bürgermeister empfohlen habe, Herrn Schwartau als neuen Tourismusdirektor einzustellen. Herr Schwartau werde seinen Dienst am 1. August 2014 offiziell antreten und bis dahin zweimal wöchentlich als Berater für den Tourismus-Service Fehmarn vor Ort tätig sein.

Durch den Protokollführer wird ergänzt, dass auf Vorschlag des Bürgermeisters in der Stadtvertreterversammlung im Juni vorgesehen sei, Herrn Schwartau mit der Werkleitung des Eigenbetriebes Tourismus-Service Fehmarn zu beauftragen.

2. Feststellung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 1. April 2014

Die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 1. April 2014 wird mit den in der Anlage aufgeführten Änderungen zu TOP´s 7.6 und 8.1 festgestellt.

3. Sachstandsbericht zur Festen Fehmarnbelt-Querung

Frau Dr. Heitmann gibt anhand einer Power-Point-Präsentation Informationen zu:

- a) Planfeststellungsverfahren (PFV) Feste Fehmarnbeltquerung
- b) Raumordnungsverfahren (ROV) Schienenhinterlandanbindung
- c) Wissensplattform „Wissen verbindet“
- d) Fehmarn-Lolland-Falster-Aktivitäten
- e) Bevorstehende Veranstaltungen
- f) Internetpräsenz

Zu den Unterlagen des Planfeststellungsverfahrens zur Festen Fehmarnbeltquerung wird insbesondere mitgeteilt, dass diese zurzeit bis einschl. 4. Juni im Fachbereich Bauen und Häfen in der Ohrstraße 22, Ortsteil Burg auf Fehmarn, öffentlich ausliegen. Einwände, Stellungnahmen oder sonstige Beiträge können dann noch bis zum 3. Juli mitgeteilt werden.

Des Weiteren führt Frau Dr. Heitmann aus, dass am Dienstag den 13. Mai, von 8.00 bis 18.00 Uhr, eine Bürgersprechstunde zu sich ergebenden Fragen aus dem vorliegenden Planfeststellungsunterlagen zur Festen Fehmarnbeltquerung durch den Vorhabenträger FemernA/S erfolgen werde. Der Ort wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes ob es nicht möglich sei, dass auch ein neutraler „Beobachter“, wie z.B. Frau Rechtsanwältin Dr. John eine Information vor Ort durchführen könne.

Zusatz der Verwaltung:

Die Informationsveranstaltung mit Frau Dr. John konnte zwischenzeitlich für Donnerstag, den 22. Mai 2014, ab 18:30 Uhr, terminiert werden. Der Veranstaltungsort wird noch rechtzeitig mitgeteilt. Die ursprünglich für diesen Tag anberaumte Sitzung des Umweltrates wird auf Montag, den 26. Mai 2014, verschoben.

4. Mitteilungen im öffentlichen Teil

4.1 Tourismusdirektor Maik Schwartau

Erster Stadtrat Weber teilt nochmals mit, dass Herr Maik Schwartau zum 1. August 2014 offiziell als Tourismusdirektor der Stadt Fehmarn tätig sein werde. Bis zum 1. August werde Herr Schwartau zweimal wöchentlich vor Ort im Tourismus-Service Fehmarn als Berater tätig sein. Herr Schwartau wird sich innerhalb der Sitzung des Tourismusausschusses am 8. Mai 2014 offiziell vorstellen.

4.2 Geburtshilfestation der Sana-Kliniken am Standort Oldenburg in Holstein

Erster Stadtrat Weber teilt mit, dass Bürgermeister Schmiedt in einem Schreiben vom 3. April 2014 Herrn Kreispräsident Ulrich Rüder mitgeteilt habe, dass sich die Stadt Fehmarn gleichwohl für den Erhalt der Geburtshilfestation am Standort Oldenburg in Holstein ausspreche. Die Stadt Fehmarn schließe sich vollinhaltlich der durch den Kreistag beschlossenen Resolution an.

4.3 Außenstelle Petersdorf der Grundschule Burg auf Fehmarn

Erster Stadtrat Weber informiert, dass Bürgermeister Schmiedt die Ministerin für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein zur beabsichtigten Schließung der Außenstelle Petersdorf der Grundschule Burg auf Fehmarn angeschrieben habe. In diesem Schreiben werde gebeten, zu Fragen Stellung zu beziehen bzw. Anregungen der Stadt Fehmarn als zuständiger Schulträger in mögliche Überlegungen hinsichtlich eines Weiterbetriebes der Außenstelle Petersdorf mit einzubeziehen. Eine Antwort stehe bis heute aus.

5. Berichtswesen:

Bericht über die Haushalts- u. Finanzentwicklung 1. Quartal 2014 (01.01.-31.03.2014)

Vortrag gemäß Vorlage HA 012-2014

Sachverhalt:

Die Stadtvertretung hat mit Beschluss vom 19.12.2013 den Haushalt für das Haushaltsjahr 2014 verabschiedet. Der Haushaltsplan schließt im Ergebnisplan bei 20,268 Mio. Euro

Erträgen und 20,765 Mio. Euro Aufwendungen mit einem Jahresfehlbetrag von 497.600 Euro ab.

Im Haushaltsjahr 2014 sind Einzahlungen in Höhe von insgesamt 24,853 Mio. Euro und Auszahlungen von 24,889 Mio. Euro geplant.

Zur Finanzierung der Auszahlungen für Investitionen ist eine Kreditermächtigung von 4,0 Mio. Euro veranschlagt.

Nach dem 1. Quartal 2014 (Berichtszeitraum 01.01.-31.03.2014) stellt sich die Haushalts- und Finanzlage wie folgt dar:

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen (Produkt 61101) [Anlage]

Die Erträge bei der Grundsteuer A und B liegen nach dem ersten Quartal mit 2,694 Mio. Euro um 33 TEUR über dem Haushaltsansatz (2,602 Mio. Euro).

Die Erträge aus der Gewerbesteuer belaufen sich zum jetzigen Stand der Veranlagung auf 6,449 Mio. Euro. Der Plansatz im Haushalt 2014 beträgt 6,5 Mio. Euro. Somit liegen die Erträge aus der Gewerbesteuer derzeit nur geringfügig unterhalb des Haushaltsansatzes (- 51 TEUR). Im Haushaltsjahr 2013 lagen die Erträge nach dem ersten Quartal bei 6.370 TEUR.

Bei der Zweitwohnungssteuer sind die Erträge derzeit mit 929 TEUR um 26 TEUR unter dem Haushaltsansatz 2014 (955 TEUR). Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres fallen die Erträge um 42 TEUR höher aus.

☞ Hinweis: Bei den Erträgen aus der Grund-, der Gewerbe- und der Zweitwohnungssteuer handelt es sich um Jahresbeträge aus den Jahresanfangsveranlagungen.

Bei den Erträgen der Vergnügungssteuer sind noch keine Buchungen erfolgt, da noch keine Abrechnungen der Steuerpflichtigen vorliegen.

Die Zahlen für die Erträge aus den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und an der Umsatzsteuer liegen ebenfalls noch nicht vor (quartalsweise Abrechnung).

Die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen liegen mit insgesamt 1.402 TEUR um 67 TEUR über den geplanten Haushaltsansätzen (1.335 TEUR).

Im Haushaltsjahr 2013 lagen die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen bei 1.091 TEUR.

Bei der Kreisumlage sind Aufwendungen von 4,493 Mio. Euro gebucht.

Aufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage sind im Berichtszeitraum noch nicht angefallen; die erste Abrechnung erfolgt i.d.R. im April.

Im Ergebnis wurden im Produkt 61101 „Steuern, allgem. Zuweisungen und Umlagen“ im Zeitraum 01.01. bis 31.03.2014 Erträge von insgesamt 11,927 Mio. Euro verbucht.

Dagegen sind Aufwendungen von 4,493 Mio. Euro angefallen. Das Produkt schließt somit nach dem ersten Quartal mit einem Überschuss von 7,434 Mio. Euro ab.

Nach dem ersten Quartal 2013 lag der Überschuss bei 7,294 Mio. Euro und 2012 bei 7,512 Mio. Euro.

Das Ergebnis des Produktes liegt somit nach dem ersten Quartal 2014 im Rahmen der ersten Quartalsergebnisse der letzten beiden Haushaltsjahre.

weitere Erträge und Aufwendungen

Im Berichtszeitraum (01.01. bis 31.03.2014) wurden bisher insgesamt 12,746 Mio. Euro Erträge und 10,497 Mio. Euro Aufwendungen gebucht; wobei u.a. Abschreibungen u.ä. Aufwendungen noch nicht gebucht wurden.

Somit ergibt sich nach dem 1. Quartal naturgemäß ein deutlich positives Ergebnis, dass allerdings dem Umstand geschuldet ist, dass die Steuerveranlagungen (Erträge) mit den vollen Jahresbeträgen gebucht sind. Von den im Haushaltsplan veranschlagten Erträgen

von 20,268 Mio. Euro sind bereits 63 % und von den eingeplanten Aufwendungen von 20,765 Mio. Euro sind erst 51 % gebucht.

Die Personalaufwendungen (inkl. Versorgungsaufwendungen, ohne Zuführung Rückstellungen) haben im Berichtszeitraum insgesamt 1.605 TEUR betragen. (1. Quartal 2013: 1.589 TEUR)

Die Zinsaufwendungen betragen insgesamt 874 TEUR (Jahresbeträge Langzeitkredite) (Vorjahr 913 TEUR).

Für Sach- und Dienstleistungen wurden im Berichtszeitraum Aufwendungen von 1,1 Mio. Euro (01/2013: 839 TEUR) gebucht. Die Summe der entsprechenden Haushaltsansätze beträgt insgesamt 3.571 TEUR.

Transferaufwendungen (u.a. Kreis- und Gewerbesteuerumlage, Zuschüsse KiTas) wurden im ersten Quartal in Höhe von 5,801 Mio. Euro (Vorjahr: 5,208 Mio. Euro) gebucht. Die Ansätze im Haushaltsplan 2014 betragen insgesamt 7,295 Mio. Euro. Dabei sind allerdings noch keine Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage (s.o.) verbucht.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtszeitraum 1.111 TEUR (01/2013: 774 TEUR) (HH-Ansatz 2014: 1.897 TEUR).

Investitionstätigkeit

Im Haushalt stehen insgesamt 6.479 TEUR für Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung (inkl. Ermächtigungen aus 2013). Im Berichtszeitraum wurden bisher 405 TEUR für Investitionen ausgezahlt.

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit sind in Höhe von 1.095 TEUR eingegangen.

Für Tilgungen wurden im ersten Quartal 2014 Auszahlungen in Höhe von 31 TEUR getätigt.

Liquiditätsslage

Aufgrund des positiven Bestandes an liquiden Mitteln waren im ersten Quartal des Haushaltsjahres 2014 zur Sicherstellung der Liquidität bislang keine Kassenkredite erforderlich.

Stand der Forderungen und Verbindlichkeiten

Ein ausführlicher Bericht erfolgt zum Jahresabschluss.

Vermögenslage

Zur Vermögenslage wird auf den Jahresabschluss 2011 verwiesen.

In Kürze soll der Jahresabschluss 2012 mit Bilanz und Anlagennachweis vorgelegt werden. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Aussprache:

Stadtvertreter Ehlers in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanzausschusses bewertet die durchaus erkennbare positive Tendenz im ersten Quartal 2014, auch wenn diese über das Jahr gesehen noch wenig Aussagekraft besitze.

Eine weitere Aussprache werde in der Sitzung des Finanzausschusses am 17. Juni erfolgen.

Weitere Wortbeiträge liegen nicht vor. Ein Beschluss ist nicht notwendig.

6. Anträge und Anfragen im öffentlichen Teil

6.1 Antrag der CDU-Fraktion auf dauerhafte und uneingeschränkte Nutzung des neu entstehenden Strandbereiches zwischen Puttgarden und Marienleuchte im Zuge des Baues einer Festen Fehmarnbeltquerung

Der Antrag der CDU-Fraktion ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Aussprache:

Stadtvertreter Ehlers erläutert den Vortrag der CDU-Fraktion im Detail. So sei eine spätere Nutzungsmöglichkeit einer für den Bau der festen Fehmarnbeltquerung notwendigen Baustraße für die CDU-Fraktion überaus wünschenswert. Ob heute der richtige Zeitpunkt für eine Antragstellung sei, darüber könne durchaus gestritten werden.

Stadtvertreter Ehlers teilt mit, dass ihm nach Antragstellung Hinweise bekannt geworden seien, dass evtl. doch keine Strandaufschüttung geplant sei. Seitens des Vorhabenträgers sei zu hören, dass das Gebiet naturbelassen werden solle. Er bittet jedoch die Verwaltung, für eine ursprünglich vorgesehene Strandaufschüttung einzutreten.

Fachbereichsleiter Naß führt aus, dass den Übersichtslageplänen zum Planfeststellungsverfahren zu entnehmen sei, dass die besagte Fläche als begrünte Ausgleichsfläche vorgesehen sei. Diese wäre dann in den Monaten April bis Juni/Juli zudem nicht betretbar und somit für eine touristische Nutzung ausgeschlossen.

Stadtvertreter Herkommer stellt die Dringlichkeit nicht in Zweifel, hält es jedoch für zweckmäßig und sinnvoll, den Antrag im Bau- und Umweltausschuss abschließend zu behandeln und bittet diesen nach dort zu verweisen.

Die Vorsitzende stellt klar, dass seitens der CDU-Fraktion gewünscht sei, verwaltungsseitig prüfen zu lassen, ob die Fläche als Strandaufschüttung oder als Ausgleichsfläche vorgesehen sei.

Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes führt aus, dass ein solcher Antrag nicht zum Grundsatzbeschluss der Stadtvertretung der Stadt Fehmarn passe, der eine ablehnende Haltung gegen den möglichen Bau einer festen Fehmarnbeltquerung zum Inhalt habe. Für Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes sei die Strandaufschüttung als touristische Fläche sowieso nicht nutzbar.

Frau Dr. Heitmann gibt in diesem Zusammenhang den Hinweis, mögliche Einwände bzw. Stellungnahmen im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens zur festen Fehmarnbeltquerung rechtzeitig einzubringen.

Es ergeht nachfolgender

Beschluss:

Die Stadt Fehmarn möchte den im Zuge der FFbQ neu entstehenden Strandbereich sowie angrenzende Flächen, östlich der Tunneleinfahrt zwischen Puttgarden und Marienleuchte, dauerhaft und uneingeschränkt touristisch nutzen. Dabei ist auch eine verkehrsmäßige Anbindung erforderlich, möglichst durch Weiternutzung geplanter Baustraßen. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses zu prüfen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die Angelegenheit wird in die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses verwiesen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

6.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Sicherung der sozialen Strukturen im Bereich Petersdorf auf Fehmarn

hier: Antrag eines Schulmodellversuchs für die Grundschule Burg, Außenstelle Petersdorf auf Fehmarn

Der Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Aussprache:

Stadtvertreter Ehlers erläutert den Antrag der CDU-Fraktion in Detail. Es gehe der CDU-Fraktion mit diesem Antrag darum, Alternativen auszuloten, die einen zukünftigen Weiterbestand der Zweigstelle der Grundschule Burg in Petersdorf ermöglichen. Da der Schulrat am morgigen Tage zu einem Gespräch mit der Stadt Fehmarn zu Besuch sei, könne dieser Antrag bei heutiger Zustimmung im Gremium, bereits morgen übergeben werden. Ziel dieses Antrages sei es, die im Therapeutikum in Petersdorf auf Fehmarn während einer Kur ihrer Eltern (Mutter oder Vater) befindlichen Kinder in die Zweigstelle der Grundschule in Petersdorf einzubinden.

Hierbei sei vor allem das Land Schleswig-Holstein gefordert, für den Fortbestand der Schule zu entscheiden und den Besuch der Schule durch Kinder aus dem Therapeutikum zu ermöglichen.

Stadtvertreter Meyer ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass mit der Schließung der Zweigstelle der Grundschule in Petersdorf die gesamte Infrastruktur im Westen betroffen sei. Diese gelte es jedoch langfristig zu erhalten. Die Vorstellungen der CDU-Fraktion müssen jedoch sowohl von der Politik als auch von den Eltern und der betroffenen Schulleitung mit getragen werden.

Auch Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes hält es für wichtig, kleine Grundschulen im ländlichen Raum zu erhalten. Die Einbindung des Therapeutikums bezeichnet sie als eine gute Idee.

Auch für Stadtvertreter Herkommer sei es wichtig, den Schulstandort in Petersdorf zu sichern. Ein Problem sehe er jedoch, Gastkinder als „Regelschüler“ zu berücksichtigen, da von denen kein erster Wohnsitz in der Stadt Fehmarn begründet werde. Hierbei gelte es auch, die Inhalte des neuen Schulgesetzes zu prüfen, zu bewerten und anzuwenden. Nur die Schulkonferenz könne ihren alten Beschluss mit einer zweidrittel Mehrheit wieder aufheben. Die Übernahme der Kinder aus dem Therapeutikum in die Zweigstelle der Grundschule in Petersdorf erscheine äußerst schwierig. Stadtvertreter Herkommer glaubt, dass es kaum zu schaffen sein werde, dennoch werde die SPD die durch den Antrag der CDU-Fraktion skizzierte Möglichkeit inhaltlich voll mittragen.

Auf Nachfrage von Stadtvertreter Schultz teilt Erster Stadtrat Weber mit, dass ein Widerspruch gegen den Beschluss der Schulkonferenz durch die Stadt Fehmarn nicht möglich sei. Letztendlich hätte Schulrat Meyer es eventuelle noch in der Hand Einfluss auf den Beschluss der Schulkonferenz zu nehmen.

Stadtvertreter Mehnert spricht sich für ein „neues pädagogisches Konzept“ oder für einen zeitlichen Aufschub der Schließung der Zweigstelle in Petersdorf aus. In diesem Schuljahr noch neue Wege zu beschreiten, gestalte sich aufgrund der nur noch verbleibenden zwei Monate im Restschuljahr als äußerst schwierig.

Erster Stadtrat Weber wird bei einer Zustimmung des Gremiums zum Antrag der CDU-Fraktion diesen bereits zum morgigen Gespräch mit dem Schulrat des Kreises Ostholstein, Herrn Meyer, mitnehmen und erörtern.

Es ergeht nachfolgender

Beschluss:

Auf der Basis der im Schulgesetz verankerten Experimentierklausel und der in der Begründung dargestellten Situation stellt die Stadt Fehmarn den Antrag eines Schulmodellversuchs.

- 1. Das Bildungsministerium SH stellt für den Zeitraum des Modellversuchs eine $\frac{3}{4}$ Lehrerstelle zur Verfügung.**
- 2. Der Zeitraum des Modellversuchs beträgt 5 Jahre.**
- 3. Die Kosten für die Lehrkraft, incl. der Kosten der fachlichen Begleitung des Modellversuchs, werden vom Sozialministerium bzw. Fonds II Säule Stärkung ländlicher Räume getragen.**
- 4. Ein pädagogisches Konzept wird von der Grundschule Burg für die Außenstelle Petersdorf erstellt.**
- 5. Die Gremien der Grundschule Burg werden beteiligt.**
- 6. Das Therapeutikum Westfehmarn entsendet für den Zeitraum von 5 Jahren mindestens 15 Grundschul Kinder in die Außenstelle Petersdorf.**
- 7. Die Stadt Fehmarn stellt als Schulträger für die entsendeten Schüler die Schule Petersdorf zur Verfügung.**
- 8. Ein Schulkostenbeitrag des Therapeutikums Westfehmarn wird angestrebt.**
- 9. Für die Umsetzung des Modellversuchs wird eine fachliche Begleitung seitens des Bildungsministeriums gefordert.**

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (einstimmig).

6.3 Infoveranstaltung mit Baltic FS

Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes bezieht sich auf die im Anschluss folgende Informationsveranstaltung für Mandatsträger durch Baltic FS. Die Einladung erfolgte zusammen durch Bürgermeister und Baltic FS. Sie habe im Internet recherchiert und dabei festgestellt, dass auch FemernA/S dort zu finden sei. Sie stellt sich die Frage, wie dieses zu verstehen und zu bewerten sei. Sie hätte die Fragen gern Herrn Bürgermeister Schmiedt selber gestellt und bittet zu überlegen, ob eine Verschiebung der nachfolgenden Informationsveranstaltung noch möglich sei.

Erster Stadtrat Weber bezeichnet es als unglücklich, dass Bürgermeister Schmiedt heute selbst nicht anwesend sei, aber dennoch wird er die Veranstaltung durchführen und diese nicht kurzfristig verschieben.

Fachbereichsleiter Naß nimmt Stellung zu den Ausführungen von Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes und teilt mit, dass ein gemeinsames Einladungsschreiben im Fachbereich Bauen und Häfen vorbereitet worden sei. FemernA/S sei kein Mitgesellschafter bei Baltic FS. Abschließend stellt Herr Naß fest, dass die Ausführungen von Stadtvertreterin Stodt-Kirchholtes für ihn nicht nachzuvollziehen seien.

6.4 Zweigstelle Petersdorf der Grundschule Burg auf Fehmarn

Stadtvertreterin Parge bezieht sich auf das letzte Gespräch, welches mit Schulrat Meyer stattgefunden habe. Dort soll Herr Meyer ausgeführt haben, sollten in Petersdorf genügend Schüler zu verzeichnen seien, würde man sich auch keine Gedanken über eine mögliche Schließung der Außenstelle machen müssen. Da es aber keine Gebietszuweisungen bei der Grundschulanmeldung gebe, erkundigt sie sich, ob in der Verwaltung Zahlen vorliegen, die Aufschluss darüber geben, wie viele Schüler/innen im Einzugsbereich der Außenstelle der Grundschule in Petersdorf wohnen, aber nicht dort beschult werden.

Erster Stadtrat Weber teilt hierzu mit, dass er sich für das Gespräch mit dem Schulrat am morgigen Mittwoch mit aktuellem Zahlenmaterial über das Einwohnermeldeamt und den Fachbereich 4 versorgen werde.

Stadtvertreterin Parge teilt mit, dass sie sich Gedanken dahingehend mache, dass Kinder in der Grundschule in Petersdorf nicht angemeldet werden, da ihre Eltern so einer möglichen Unbeständigkeit im Hinblick auf den Fortbestand der Schule aus dem Wege gehen würden. Für Stadtvertreterin Parge und Stadtvertreter Hansen sei eine Gebietszuweisung dringend um so als Schulträger verbindlich planen und einwirken zu können.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.45 Uhr.

Protokollführer:

Vorsitzende:

(Günther Schröder)

(Margit Maaß)
Vorsitzende